

## **A n t r a g**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Bundratsinitiative zur Einführung eines einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns**

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Einführung eines einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in den Bundesrat einzubringen.

#### **Begründung:**

In der Koalitionsvereinbarung haben die Koalitionspartner festgeschrieben, dass "alles Mögliche" getan werden soll, um faire Löhne zu ermöglichen und insbesondere mit Blick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf im Freistaat das Entgeltniveau in Thüringen nachhaltig zu verbessern. Gleichzeitig wolle man den Anteil derjenigen Branchen und Arbeitnehmer, für die ein Mindestlohn gilt, ausbauen.

Ein einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, der eine Lohnuntergrenze von mindestens 8,33 Euro allgemeingültig festschreibt, die Beschäftigten vor Armutslöhnen schützt und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt, ist eine elementare Grundlage sozialer Gerechtigkeit.

Gesetzliche Mindestlöhne gibt es mittlerweile in 20 von 27 Ländern der Europäischen Union und sind in Deutschland längst überfällig.

Für die Fraktion:

Ramelow